

Soziales: Öffentlicher Wohnungsbau Ostbelgien (ÖWOB) und Minister Antonios Antoniadis präsentieren Konvention zum Investitionsplan

30 Mio. für Sanierung und mehr Wohnraum

Die Gesellschaft Öffentlicher Wohnungsbau Ostbelgien (ÖWOB) hat am Freitag mit Wohnungsbauminister Antonios Antoniadis (SP) in Eupen ein umfangreiches Vorhaben zur Sanierung des Immobilienparks im Rahmen eines Investitionsplans vorgestellt. Mit 30 Millionen Euro Kapitalbeteiligung der DG hat die ÖWOB als Ziel die Sanierung von bestehendem sowie die Schaffung von neuem Wohnraum gesetzt.

Die ÖWOB GmbH verwaltet derzeit rund 1.350 Wohnungen in den neun Gemeinden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Als Akteur in der Wohnungspolitik agiert die ÖWOB GmbH in Partnerschaft mit anderen Beteiligten im öffentlichen Bereich. Mit Blick auf ihr 100-jähriges Jubiläum im Jahr 2023 sei die Wohnungsbau-Gesellschaft stolz auf ihre lange Tradition und Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen, heißt es in einer Mitteilung des ÖWOB.

Das 30 Millionen Euro schwere Investitionspaket umfasst die Modernisierung und energetische Sanierung des bestehenden Wohnungsparks in allen Gemeinden, in denen die ÖWOB Wohnungen besitzt und verwaltet. Zudem habe die Gesellschaft für dieses Programm rund 35 Projekte geschlüsselt und arbeite mit der SPI und RenoWatt eng zusammen. „Insgesamt sollten bis 2026 rund 500 Wohneinheiten saniert werden, davon



Mit 30 Millionen Euro Kapitalbeteiligung der DG will die ÖWOB bestehenden Wohnraum sanieren und neuen schaffen. Foto: dpa

rund 200 Einheiten in Kelmis, rund 130 Wohneinheiten in Eupen, 100 in Raeren, 40 in St.Vith und rund 25 Einheiten in der Gemeinde Lontzen“, wird die Direktorin der ÖWOB, Annabell Pommé, in dem Schreiben zitiert. Weiter heißt es, bis 2026 habe die Gesellschaft die Priorität auf die Sanierung von Appartementblocks gelegt. Im Rahmen von Komplettsanierungen würden Fenster, Türen und Garagentore ersetzt, Dächer und Fassaden gedämmt und Heizungen

ersetzt. „Der Plan ist ambitioniert, und zu den größten Herausforderungen zählen der massive Zeitdruck, die volatilen Baukosten und die Verfügbarkeit von Material und Fachkräften. Außerdem werden die meisten Sanierungen in bewohnten Einheiten umgesetzt. Eine gute Kommunikation ist also unerlässlich. Hierfür wird hoffentlich im April eine neue Webseite online gehen, die als Informationsplattform dienen soll, mit allen Informationen zu den

Baustellen im Investitionsplan“, so Pommé. Ein weiterer Auftrag der ÖWOB GmbH sei die Schaffung von zusätzlichem gesundem und bezahlbarem Wohnraum. Aktuell baue die Gesellschaft in Raeren ein Appartementgebäude mit sechs neuen Wohneinheiten. Da die Baukosten aktuell hoch seien, und vor allem schnell zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden sollte, setze die Gesellschaft bis 2026 die Priorität auf den Ankauf von bestehenden Wohnungen.

Hierfür würden vor allem Appartements in einer gut angelegenen Lage und möglichst mit einem Energielabel PEB B ins Auge gefasst. So habe die Gesellschaft beispielsweise die Immobilie am Kehrweg mit drei Appartements erworben.

In Bezug auf die Finanzierung betone die ÖWOB-Direktorin, dass die Mieteinkünfte die Hauptfinanzierungsquelle darstellen, wobei die Bedingungen durch das aktuelle Dekret und die dazugehörigen Erlasse vorgegeben seien. Die In-

vestitionsvereinbarung zwischen der Regierung und der ÖWOB sehe derweil eine Kapitalbeteiligung der DG mit 30 Millionen Euro bis 2026 vor, die für die energetische Sanierung und den Neubau bzw. Ankauf neuer Wohnungen genutzt würden. Sanierung von Außenanlagen und andere Außenarbeiten wie beispielsweise Anstricharbeiten an Fassaden oder beispielsweise Badsanierungen finanziere die Gesellschaft weiterhin aus eigener Tasche. „Die bevorstehende Reform des Wohnungsbaudekretes soll sicherstellen, dass wichtige Bestimmungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau besser auf lokale Gegebenheiten abgestimmt sind“, erklärt derweil Wohnungsbauminister Antonios Antoniadis (SP). Außerdem werde die ÖWOB GmbH künftig innovative Wohnprojekte starten können, sei es durch den Kauf von Wohnungen in bestehenden Bauprojekten oder durch Beteiligungen an Projekten anderer öffentlicher oder privater Partner. Dies eröffne der Wohnungsbau-Gesellschaft neue Möglichkeiten für integrative Projekte, beispielsweise intergenerationelles Wohnen, was übrigens ein expliziter Wunsch des Bürgerdialogs sei, so der SP-Politiker weiter.

Abschließend würdigen sowohl Annabell Pommé als auch Minister Antonios Antoniadis in der Mitteilung die enge Zusammenarbeit bei der Umsetzung der Investitionspläne der ÖWOB. Mit der Konvention werde nicht nur saniert, sondern neuer sozialverträglicher Wohnraum in unserer Region geschaffen. (kupo)

Raumordnung: Minister Antonios Antoniadis stellt Regierungsmitteilung während Plenarsitzung am Montag im Parlament der DG (PDG) vor

Regierung drängt auf zeitnahe Fortsetzung der Reform

In der Plenarsitzung des Parlamentes der DG (PDG) in Eupen stellte Minister Antonios Antoniadis (SP) am Montagabend eine umfassende Regierungsmitteilung zur Reform der Raumordnung vor. „Raumordnung und Raumplanung sind eine Kernkompetenz aller Regionen mit Gesetzgebungshoheit. Die Raumordnung ist eine strategische Zuständigkeit, die eine Gebietskörperschaft zur Region macht. Auf dem Weg der DG hin zu einer Region sind wir mit der Übernahme dieser Aufgabe diesem Ziel einen erheblichen Schritt nähergekommen“, so Minister Antoniadis einleitend.

Darin hebt er zudem hervor, dass Raumordnung weit mehr als nur Bauen sei. Sie umfasse die Gestaltung des Lebensraums unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen. Die Reform ziele darauf ab, einen Ausgleich zwischen diesen Interessen zu schaffen und die Region für zukünftige Herausforderungen wie demografischen Wandel, Klimawandel und Energiesicherheit zu rüsten. Seit 2020 trägt die

Deutschsprachige Gemeinschaft die Verantwortung für Raumordnung, Wohnungswesen und Teile der Energiepolitik. In dieser Zeit seien bereits wichtige Schritte unternommen worden, um die Raumordnung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Der Fokus liege dabei auf der Vereinfachung von Verfahren, der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze und dem Erhalt der Artenvielfalt. Ein Kernstück der Reform ist das sogenannte „Drei-Phasen-Prozessmodell“. Die erste Phase habe eine Anpassung des Dekrets

zur räumlichen Entwicklung vorgesehen, um eine reibungslose Übernahme der Raumordnungszuständigkeit zu ermöglichen. In der zweiten Phase sei an einer substanziellen Anpassung des Dekrets gearbeitet worden, mit dem Ziel, Verfahren zu vereinfachen und mehr bebaubare Grundstücke zu schaffen. Die dritte Phase beinhalte die Erstellung einer eigenen Raumstrategie, die auf dem Fachgutachten eines Raumplanungsbüros basiere, erläutert der SP-Politiker. Dieses Fachgutachten, ein 140-seitiges

Dokument, sei unter Einbezug zahlreicher Experten, Verwaltungsmitarbeiter, Wirtschaftsakteure und Bürger erarbeitet worden. Es biete eine Grundlage für die künftige Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Raumordnungsgesetzgebung.

Minister Antoniadis unterbreite zudem einen konkreten Vorschlag zur Stärkung der Gemeindeautonomie und zum Abbau von Bürokratie in der Raumordnung. Dieser sehe vor, dass Gemeinden künftig in der Lage sein sollen, bestimmte Bauvorhaben eigen-

ständig zu genehmigen. Aktuell dauere das Genehmigungsverfahren 115 Tage; der neue Vorschlag sehe eine Verkürzung auf 75 Tage vor. In Ausnahmefällen könne die Frist jedoch auf Antrag der Gemeinde um 40 Tage verlängert werden.

Abschließend betont der Minister die Bedeutung dieser Reform als wichtigen Schritt, die Autonomie und Effizienz der DG weiter zu stärken.

Die Debatte zu der Regierungsmitteilung findet während der Plenarsitzung am 26. Februar im PDG statt. (kupo)

Wettbewerb: Acht Abiturientinnen und Abiturienten qualifiziert

Rhetorika-Finalisten stehen fest

Die Würfel sind gefallen: Acht Abiturienten und Abiturientinnen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft haben sich am Samstag für das diesjährige Finale der Rhetorika qualifiziert. Das Finale des Rednerwettbewerb findet Mitte März statt.

Insgesamt 52 Kandidaten traten am Samstag bei der Vorentscheidung in Eupen an. Aufgrund der großen Anzahl an Teilnehmern erfolgte eine Aufteilung in zwei Gruppen. Die Herausforderung bestand darin, innerhalb von drei Minuten eine fesselnde Rede zu präsentieren. Die Redebeiträge waren in diesem Jahr von einer großen Vielfalt geprägt. Drogenkonsum, Depressio-

nen in der Familie, Schönheitsideale und Verantwortung standen ebenso im Fokus, wie die Ein-Kind-Politik in China, Kunstfreiheit, Influencer in den sozialen Medien und abstrakte Verkaufsstrategien. Die zwei Jurys bewerteten schließlich Inhalt, Struktur, sprachliche Gestaltung und die Präsentationsweise der Redner. Nach einer kurzen Besprechung wurden schließlich Elena Cormann (KAE), Susen Marquet (KAE), Dario Meretes (KAS), Eva Carpels (KAE), Lea Schommer (BS), Leni Gatz (CFA), Joshua Leufgen (KAS) und Anna Wiens (BIB) als Finalisten auserkoren. Als Jurymitglieder fungierten in diesem Jahr Deutschdozentin Domi-

nique Chavet (Juryvorsitz), Übersetzerin und Revisorin Ulrike Krings, die CKK-Kommunikationsbeauftragte Chiara Seca, BRF-Journalistin Simonne Doepgen, Germanistin Julie Luxen und Sascha von Montigny vom GrenzEcho.

Das Finale der Rhetorika, die von Ocarina, der Jugendorganisation der Christlichen Krankenkasse, organisiert wird, findet am 16. März im Kino Scala in Büllingen statt. Zuvor werden die Finalisten noch ein zweitägiges Praxisseminar absolvieren. Dort können sie ihre rhetorischen Grundfähigkeiten vertiefen und nützliche Tipps und Tricks für eine gute Rede erhalten. (svm)